

Bundes-Programme gegen Rechts in der Kritik

Bei neuen Ansätzen des Familienministeriums sind die Kommunen gefragt / Grünen-Expertin bemängelt „Feuerwehr-Aktionen“

Von unserem Redaktionsmitglied
Tobias Grauheding

Mannheim. Ausschreitungen im mecklenburgischen Bützow, Angriff auf einen Iraker in Magdeburg und ein verprügelter Ghanaer in Braunschweig. In den vergangenen Tagen ist – nach der unsäglichen Hetzjagd von Mügeln – die Serie von rechtsradikalen Gewalttaten nicht abgerissen. Auch das Ergebnis einer Emnid-Umfrage ist alarmierend, wonach sich zwölf Prozent der Deutschen vorstellen können, eine rechtsextreme Partei zu wählen. Was bloß tun gegen diese Bedrohung der demokratischen Grundordnung? Ein Ansatz der Bundesregierung liegt bei Präventionsprogrammen, die rechtes Gedankengut aus den Köpfen junger Menschen vertreiben sollen.

24 Millionen Euro will der Bund jährlich für seine Programme „Vielfalt tut gut“ und „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ ausgeben. Doch an der Verfahrensweise wird von Politikern unterschiedlicher Couleur scharfe Kritik geübt.

Seit Jahresbeginn läuft das Programm „Vielfalt tut gut“, bei dem mit neun Millionen Euro Kommunen und Landkreise gefördert werden, die lokale Aktionspläne gegen Rechtsradikalismus aufgestellt haben. Für kooperierende Organisationen, Vereine und Initiativen stehen 6,5 Millionen Euro bereit. Die Durchführung des Programms inklusive wissenschaftliche Auswertung und Öffentlichkeitsarbeit soll 3,5 Millionen Euro kosten, wie Hanno Schäfer, Sprecher des Bundesfamilienministeriums, dieser Zeitung sagte. Um die jährlich maximal 100 000 Euro pro „Aktionsplan“ haben sich 216 Kommunen und Landkreise beworben, 90 wurden ausgewählt. 60 Projekte sind in den neuen, 30 in den alten Bundesländern angesiedelt. Bei der Auswahl wurden das jeweilige Rechts-Problem sowie die beabsichtigte Verwendung der Mittel geprüft. Möglich ist vieles, vom Anti-Gewalt-Training bis hin zu Ausstellungen über den Holocaust.

Monika Lazar, Rechtsextremismus-Sprecherin der Grünen im Bundestag aus Leipzig, kritisiert die Zuständigkeit für die Antragstellung: „Viele Bürgermeister wollen das Problem Rechtsextremismus nicht zugeben und stellen daher keinen Projektantrag.“ Vereine und andere Organisationen hingegen, die sich dem Kampf gegen den Rechtsextremismus verschrieben haben und oft auf wenig Gegenliebe bei Kommunalpolitikern stoßen, würden aus der Förderung herausfallen.

Doch auch Rathaus- und Verwaltungschefs, die dem Rechtsradikalismus die Stirn bieten, sparen nicht mit Kritik am Programm der Bundesregierung: „Viel zu bürokratisch“, ärgert sich etwa Sabine Röhl (SPD), Landrätin in Bad Dürkheim. Ihr Landkreis ist einer von dreien in Rheinland-Pfalz, der drei Jahre lang jeweils 100 000 Euro aus dem Programm „Vielfalt tut gut“ bekommt. „Obwohl der Gesamtbeitrag gedeckelt ist, müssen wir für jede einzelne Infoveranstaltung, jedes ‚Konzert gegen Rechts‘ oder jede Aktivität unserer Mädchengruppe mehrere Seiten Anträge ausfüllen. Gerade im schnellleibigen Jugendbereich macht das unflexibel.“

Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung (Berlin), die sich mit ausländerfeindlichen Vorfällen beschäftigt, fordert die direkte Förderung von privaten Initiativen – wie es in der Vergangenheit der Fall war: „Entscheidend ist die Kompetenz, nicht die Rolle als Bürgermeister oder Verwaltung. Es geht nicht nach Amt, wer was macht, sondern allein darum: Wer hat's drauf, welche Aktion bringt was?“

Grünen-Expertin Lazar übt auch am zweiten, im Juli gestarteten Programm der Bundesregierung, Kritik. Die fünf Millionen Euro schwere „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ sei eine wenig nachhaltige „Feuerwehr-Aktion“. Dem Bundesfamilienministerium zufolge liegt der Ansatz bei konkreten Anlässen mit rechtem Hintergrund. Zuständig sind die Länder, die vom Bund Zuschüsse erhalten.

In dieser Woche ist Hessen in die mobile

Beratung eingestiegen. Eine Dienststelle beim Landeskriminalamt ermittelt nach Notrufen aus Rathäusern oder Schulen den Beratungsbedarf und schickt für maximal drei Monate Experten, um Probleme mit Rechtsradikalen zu lösen. Auch Vereine, Organisationen oder Privatpersonen kön-

nen sich an die mobile Beratung, die von Land zu Land bei verschiedenen Institutionen oder Ministerien angesiedelt ist, wenden. „Doch welches Opfer rechter Gewalt macht das schon?“, fragt Lazar. „Früher kannte man die Beratungsstellen vor Ort, jetzt wurde die Sache verkompliziert.“



Im Kampf gegen den Rechtsradikalismus bleibt die Polizei nicht alleine. Wichtig sind funktionierende Aufklärungsprogramme, die rechtes Gedankengut vertreiben. Bild: dpa

Größte Synagoge wiedereröffnet

Berlin. Die größte Synagoge Deutschlands in Berlin ist gestern nach einer mehr als dreijährigen Renovierung wieder eingeweiht worden. „Hier zu sein, ist ein Wunder“, sagte der liberale Rabbiner der Jüdischen Gemeinde Berlin, Chaim Rozwaski. Die Präsenz von Juden in der Stadt, von der aus Adolf Hitler die Ermordung von sechs Millionen Juden organisiert hat, sei ein Zeugnis für die Existenz Gottes. Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) versprach, antisemitische Bedrohungen würden in Berlin nicht geduldet. „Wir sind dankbar, dass sich Juden in Berlin wieder heimisch fühlen“, betonte er. Der Innenraum der 1904 gebauten Synagoge Rykestraße wurde für fünf Millionen Euro weitgehend originalgetreu wieder hergestellt. Berlin ist mit 12 000 Mitgliedern die größte Jüdische Gemeinde Deutschlands. dpa



Kantor Isaak Sheffer mit der Thorarolle während der Weihung der Synagoge. Bild: ddp

Forbes: Merkel mächtigste Frau

Berlin. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bleibt nach einer neuen Rangliste der US-Zeitschrift „Forbes“ die mächtigste Frau der Welt. Auf Platz zwei folgt die stellvertretende chinesische Ministerpräsidentin Wu Yi. US-Außenministerin Condoleezza Rice, die Merkel im vorigen Jahr an der Spitze abgelöst hatte, fiel vom zweiten auf den vierten Rang zurück. In der diesjährigen Liste finden sich 29 Frauen in Regierungsfunktionen, 66 Frauen aus der Wirtschaft sowie einige Frauen aus anderen Bereichen wie etwa den Medien. Es ist das vierte Mal, dass das Magazin eine Liste der 100 mächtigsten Frauen erstellte. dpa

Klimatagung erzielt Einigung

Wien. Die Delegierten einer UN-Klimatagung in Wien haben sich gestern grundsätzlich auf ein gemeinsames Ziel für die Verringerung von Treibhausgasen geeinigt. Die Vertreter von 158 Ländern einigten sich darauf, dass die Industriestaaten den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 25 bis 40 Prozent unter den Wert von 1990 senken sollten. Allerdings soll diese Empfehlung nur als „lose Zielvorgabe“ für den nächsten Klimagipfel dienen, der im Dezember auf Bali beginnt. Bis gestern Nachmittag stand eine Einigung in dieser Frage auf der Kippe. Nach fünfzügigen Diskussionen hatten Japan, die Schweiz, Russland, Kanada und Neuseeland den Vorschlag der Mehrheit abgelehnt, dem Klimagipfel von Bali die deutliche Reduzierung der Treibhausgase als Vorgabe für weitere Verhandlungen zu empfehlen. dpa

Dieses Mal nicht in die Falle getappt

Bundeswehrosoldaten überleben Anschlag in Kabul / Todesopfer bei der afghanischen Armee

Von dpa-Korrespondent
Can Merey

Neu Delhi/Kabul. Die beiden Bundeswehrfahrzeuge vom Typ „Wolf“ haben gerade die Schranke und die belgischen Truppen passiert, die den Flughafen in Kabul sichern. Auf Bord sind fünf Soldaten und ein deutscher Journalist, sie sind auf dem Weg in die Stadt. Wie aus dem Nichts heraus greift gestern kurz nach halb acht ein Selbstmordattentäter an. „Na klar habe ich irgendwie ein bisschen Furcht gehabt“, sagt ein Soldat, der in einem der Autos saß. „Ich dachte an die Jungs, an nichts anderes.“ Die schlimmsten Ängste um seine Kameraden bewahrheiten sich nicht: Nach

Angaben des Bundesverteidigungsministeriums wird ein Soldat leicht verletzt.

Die anderen Deutschen kommen mit dem Schrecken davon. Bislang haben in Afghanistan 25 Bundeswehr-Soldaten ihr Leben gelassen. Todesopfer zu beklagen hat allerdings die afghanische Armee: Mindestens zwei ihrer Soldaten starben bei dem Anschlag. Mehrere Sicherheitskräfte, bei denen es sich vor allem um belgische Soldaten handelt, und Zivilisten werden verletzt.

Kurz nachdem die Bundeswehr-„Wölfe“ aus dem gesicherten Gelände des militärischen Teils des Flughafens rollen, wird das vordere Fahrzeug von einem blauen Auto gerammt. „Ich habe erst an einen fingierten Unfall geglaubt“, sagt der Soldat, der in dem ersten Bundeswehr-Auto gesessen hat und seinen Namen nicht veröffentlicht se-

hen möchte. „Ich habe überhaupt keine Vermutung gehabt, dass es sich um einen Selbstmordanschlag handeln könnte.“

Die deutschen Fahrer reagieren geistesgegenwärtig, als der Wagen gerammt wird, und halten nicht an. Als der erste „Wolf“ der Militärpolizisten etwa 30 Meter weitergefahren ist, hören die Soldaten und der Journalist hinter sich – wo der zweite Bundeswehr-Wagen folgt – einen gewaltigen Knall. Im Glauben an das Paradies, das ihm die Taliban und radikale muslimische Prediger für seine Selbstopferung im Namen des Dschihad versprochen haben dürften, hat der Attentäter den Sprengstoff in seinem Auto gezündet.

2005 handelten deutsche Soldaten der Internationalen Schutztruppe ISAF anders als die Feldjäger jetzt – sie stoppten bei einem fingierten Unfall, der sich als tödliche Falle erweisen sollte. Ein Soldat stieg aus dem schützenden Auto aus, da sprengte sich ein Selbstmordattentäter in die Luft. Der Oberstleutnant ist das bislang höchstrangige Opfer der Bundeswehr am Hindukusch. Danach gab die ISAF den Befehl aus: Bei Unfällen auf keinen Fall anhalten.

Für den für die Deutschen glimpflichen Ablauf gestern sorgen nicht nur Geistesgegenwart und das gute Training der Feldjäger, sondern auch, dass die Bundeswehr-„Wölfe“ leicht gepanzert sind: Karosserie und Fenster sind verstärkt, um Sprengstoffanschläge und Beschuss bis zu einem gewissen Grad abzuwehren. In derselben Schutzklasse war allerdings auch das Fahrzeug der deutschen Polizisten, auf das die Taliban vor gut zwei Wochen einen Anschlag verübten. Drei Beamte starben, nur einer überlebte. Der Schutz konnte der massiven ferngezündeten Mine mit bis zu 50 Kilogramm Sprengstoff direkt unter dem Auto kaum etwas entgegenzusetzen.

Diesmal detoniert der Sprengsatz nicht direkt unter dem Wagen, doch beide Feldjäger-Fahrzeuge werden stark beschädigt.



ISAF-Soldaten inspizieren den Ort des Selbstmordanschlags.

Bild: dpa

Wolfgang Schäuble legt nach

Online-Durchsuchung auch ohne Richterbeschluss

Berlin. Die umstrittene Online-Durchsuchung von Computern soll nach dem Willen von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) auch ohne Erlaubnis eines Richters möglich sein. Nach einem Gesetzentwurf seines Ministeriums soll das Bundeskriminalamt Computer bis zu drei Tage lang heimlich ausspionieren dürfen, ohne dass die Justiz ihre Zustimmung geben muss. Teilnehmer einer Koalitions-Arbeitsgruppe bestätigten gestern einen entsprechenden Bericht der „Berliner Zeitung“. Die Pläne stießen beim Koalitionspartner SPD und bei der Opposition auf massive Kritik.

Der Versuch, den Koalitionsstreit über die Online-Durchsuchungen beizulegen, wurde durch die neuen Pläne erschwert. Die Arbeitsgruppe von CDU/CSU- und SPD-Experten vertagte sich, ohne dass es wesentliche Fortschritte gab. Mehrere SPD-Politiker wie der Innenexperte Dieter Wiefelspütz erklärten, eine Online-Durchsuchung ohne richterlichen Beschluss sei mit ihrer Partei nicht zu machen. Unions-Fraktionsvize Wolfgang Bosbach (CDU) bezeichnete die Debatte dagegen als „hysterisch“.

Der Gesetzentwurf sieht darüber hinaus vor, dass der Zugriff auf Computer auch dann erlaubt wird, wenn Unverdächtige mitbetroffen sind – etwa, wenn ein PC von mehreren Personen genutzt wird. Davon unabhängig sollen die Ermittler künftig nicht nur Daten über Terrorverdächtige sammeln dürfen, sondern auch von „Kontakt- und Begleitpersonen“.

Der ehemalige Verfassungsrichter Ernst Gottfried Mahrenholz bezeichnete die Pläne für dreitägige Online-Durchsuchungen ohne Richtererlaubnis als „indiskutabel“. „Drei Tage reichen immer aus, um eine Festplatte vollständig

In Kürze

Arzneiausgaben steigen

Der Trend zu steigenden Arzneimittelausgaben hält an. Die gesetzlichen Krankenkassen hätten von Januar bis Juli 2007 um 6,9 Prozent mehr für Medikamente als im Vorjahreszeitraum ausgegeben, teilte die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände gestern in Berlin mit. Im Monat Juli betrug der Anstieg 14,2 Prozent. Hierfür seien mehrere Sondereffekte relevant, unter anderem mehr Arbeitstage und unterschiedliche Ferienzeiten. rtr

Gericht: Nullrunde rechtens

Das Bundesverfassungsgericht hat die Rentennullrunde aus dem Jahr 2004 nachträglich abgesegnet. Nach einem gestern veröffentlichten Beschluss nahm das höchste deutsche Gericht zwei Verfassungsbeschwerden von Rentnern nicht zur Entscheidung an. Sowohl die Nullrunde als auch die 2000 erfolgte vorübergehende Anpassung der Altersbezüge an die Inflationsrate sind verfassungsgemäß gewesen. Entgegen der Auffassung der Kläger verstößen beide Maßnahmen nicht gegen die Eigentumsgarantie. dpa

Snow geht Mitte September

US-Präsidentamtssprecher Tony Snow gibt sein Amt zum 14. September auf. Nachfolgerin werde Snows bisherige Stellvertreterin Dana Perino, sagte gestern ein Sprecher des Weißen Hauses. Snow hatte bereits vor knapp zwei Wochen seinen Rücktritt angekündigt, das Datum aber offengelassen. Zur Begründung hatte er finanzielle Aspekte angeführt. Snow war erst seit 2006 Sprecher des Präsidentenamtes. Zuvor hatte er für den Sender Fox News gearbeitet. rtr

200 getötete Journalisten

Im Irak sind seit der US-Invasion im Frühjahr 2003 200 Journalisten, Kameraleute und andere Mitarbeiter von Medien getötet worden. Die Organisation Reporter ohne Grenzen kritisierte gestern, der Staat bemühe sich nicht, die Journalisten vor den Extremisten zu schützen. dpa

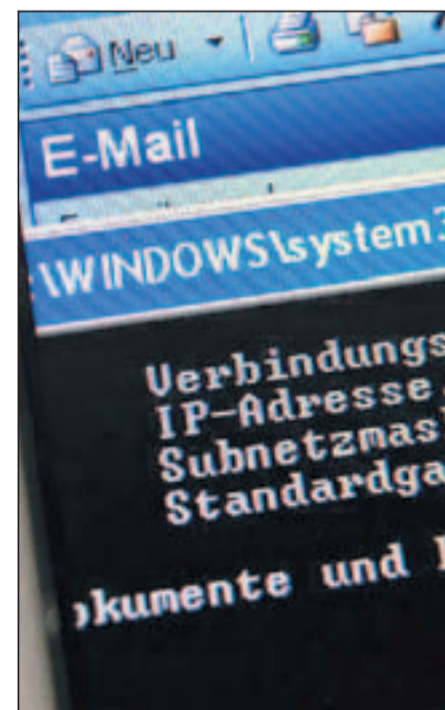
„Alte Reaktoren abschalten“

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) plädiert dafür, die sieben ältesten deutschen Atomreaktoren umgehend abzuschalten. Dies bringe „einen hohen Sicherheitstechnischen Gewinn“. Nach Vorstellungen des Ministers könnten die Reaktoren Biblis A und B, Brunsbüttel, Neckarwestheim 1 und Philippsburg 1 sowie Unterweser außer Dienst gestellt werden. Im Gegenzug könnten modernere Kernkraftwerke, etwa Isar 2 oder Neckarwestheim 2, länger laufen als geplant. rtr

Zitat

„Ich würde es nicht tun, denn ich bin nicht lebensmüde.“

(Der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, in der N24-Sendung „Studio Friedman“ auf die Frage, ob er nachts in einer ostdeutschen Stadt spazieren gehen würde) dpa



Schäubles Pläne zum Online-Zugriff sorgen für Zoff in der Koalition. Bild: dpa

abzusuchen“, sagte Mahrenholz. Die innenpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Gisela Piltz, kritisierte ebenfalls, der „Richtervorbehalt“ wäre dann „komplett überflüssig“. Grünen-Chefin Claudia Roth warnte vor „gefährlichen Nebenwirkungen für den Rechtsstaat“. Die stellvertretende Vorsitzende der Linken, Katina Schubert, sprach vom „totalen Schnüffelstaat“. Der Deutsche Journalisten-Verband forderte, das Gesetz komplett zu den Akten zu legen. dpa